



*Verantwortung für Reinheim
Zukunft verlässlich gestalten*

Koalitionsvereinbarung 2026 – 2031

zwischen der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

SPD-Ortsverein Reinheim

und der

Christlich Demokratischen Union Deutschlands

CDU-Stadtverband Reinheim

sowie deren Fraktionen

in der

Stadtverordnetenversammlung Reinheim



1. Präambel: Verantwortung für Reinheim, Zukunft verlässlich gestalten

Die SPD und die CDU Reinheim haben sich nach der Kommunalwahl 2026 entschieden, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen und gemeinsam Verantwortung für die weitere Entwicklung der Stadt zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu übernehmen.

Diese Entscheidung ist Ausdruck des gemeinsamen Anspruchs, Stabilität und Verlässlichkeit zu sichern und zugleich die anstehenden Aufgaben mit einem klaren Blick für notwendige Weiterentwicklungen anzugehen. Reinheim steht vor Herausforderungen, die eine konstruktive, sachorientierte und tragfähige Zusammenarbeit erfordern.

Beide Parteien verbindet das Ziel, die positive Entwicklung der vergangenen Jahre fortzuführen und dort, wo es notwendig ist, neue Impulse zu setzen.

Grundlage der Zusammenarbeit ist ein gemeinsames Verständnis von Verantwortung: Entscheidungen werden mit Blick auf die langfristige Entwicklung der Stadt getroffen, unterschiedliche Perspektiven werden eingebracht und in verlässliche gemeinsame Lösungen überführt.

Die Koalition aus SPD und CDU verfolgt das Ziel, Reinheim als lebenswerte Stadt zu erhalten und zugleich zukunftsfähig weiterzuentwickeln.

2. Zusammenarbeit und Arbeitsweise der Koalition

Die Zusammenarbeit zwischen SPD und CDU basiert auf einem gemeinsamen Verständnis von Verantwortung, Verlässlichkeit und gegenseitigem Respekt. Beide Partner bringen ihre jeweiligen Perspektiven und politischen Profile in die gemeinsame Arbeit ein. Ziel ist es, unterschiedliche Ansätze frühzeitig zusammenzuführen und in tragfähige Entscheidungen zu überführen.

Die Koalition versteht sich als verlässliches Arbeitsbündnis, das auf Vertrauen, Klarheit und gegenseitigem Respekt basiert. Entscheidungen werden gemeinsam vorbereitet, abgestimmt und getragen. Grundlage ist das Vertrauen, dass Vereinbarungen eingehalten und Prozesse transparent gestaltet werden.

Zur Sicherstellung einer kontinuierlichen und abgestimmten Zusammenarbeit wird ein Koalitionsausschuss eingerichtet. Er dient dem regelmäßigen Austausch der Koalitionspartner und der frühzeitigen Abstimmung grundlegender politischer Fragen, gemeinsamer Vorhaben sowie offener Punkte.

Zentrale politische Vorhaben werden frühzeitig zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt. Initiativen und wesentliche Entscheidungen werden so vorbereitet, dass eine gemeinsame Beratung und Positionierung möglich werden. Ziel ist es, unterschiedliche Sichtweisen rechtzeitig einzubringen und in abgestimmte Entscheidungen zu überführen. Unterschiedliche Positionen werden dabei offen angesprochen und im Sinne eines gemeinsamen Vorgehens zusammengeführt.

Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf alle politischen Ebenen.

Informationsflüsse werden so gestaltet, dass relevante Themen frühzeitig bekannt sind und gemeinsam beraten werden können.



Die Koalitionspartner stimmen ihr Vorgehen in den Gremien eng ab und verfolgen das Ziel eines geschlossenen und zugleich sachorientierten Auftretens.

Anträge zur Behandlung in den städtischen Gremien werden von SPD und CDU gemeinsam gestellt. Anträge des Magistrats und anderer Fraktionen werden ebenfalls grundsätzlich einvernehmlich abgestimmt. Sollte im Koalitionsausschuss kein Einvernehmen erzielt werden, so soll bei der Abstimmung in den Gremien mit „Enthaltung“ abgestimmt werden.

Die Zusammenarbeit lässt Raum für die eigenständige politische Profilbildung beider Parteien. SPD und CDU bleiben als eigenständige Akteure sichtbar und ansprechbar. Die Koalition lebt davon, unterschiedliche Perspektiven konstruktiv zusammenzuführen.

3. Leitlinien der gemeinsamen Politik

Die SPD und CDU verständigen sich auf grundlegende Leitlinien, die das gemeinsame politische Handeln in der kommenden Legislaturperiode tragen. Sie bilden den verbindlichen Rahmen für Entscheidungen und Prioritäten und dienen als Orientierung für die weitere Ausgestaltung in den einzelnen Themenfeldern. Zugleich ermöglichen sie es, politische Entscheidungen auf Grundlage dieser Leitlinien situationsbezogen und mit Blick auf sich verändernde Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln. Entscheidungen werden im Spannungsfeld von Stabilität und notwendiger Erneuerung getroffen und stets im Gesamtinteresse der Stadt abgewogen.

Ein besonderer Stellenwert kommt der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt zu. Eine solide Haushaltsführung, klare Prioritätensetzungen und ein verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichen Mitteln sind Grundlage allen politischen Handelns. Investitionen werden unter Berücksichtigung ihrer langfristigen Auswirkungen geplant und umgesetzt. Vorhaben werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten priorisiert und entsprechend ihrer Dringlichkeit umgesetzt.

Die Entwicklung der Stadt erfolgt mit Augenmaß und unter Berücksichtigung bestehender Strukturen. Wachstum und Veränderung werden so gestaltet, dass sie die Leistungsfähigkeit der Stadt nicht überfordern und die Lebensqualität erhalten bleibt. Innenentwicklung, nachhaltige Flächennutzung und eine vorausschauende Infrastrukturplanung sind dabei wesentliche Leitgedanken.

Die Lebensqualität im Alltag der Bürgerinnen und Bürger steht im Mittelpunkt. Dazu gehören Sicherheit und Ordnung ebenso wie eine funktionierende öffentliche Infrastruktur, verlässliche Verwaltungsabläufe und eine gute Erreichbarkeit zentraler Angebote.

Mobilität und Umwelt werden pragmatisch und ausgewogen betrachtet. Unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse werden berücksichtigt und sinnvoll miteinander verknüpft. Maßnahmen im Bereich Umwelt und Klima orientieren sich an ihrer konkreten Wirksamkeit und ihrer Umsetzbarkeit vor Ort.

Das gesellschaftliche Miteinander in Reinheim wird aktiv gestärkt. Vereine, Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement leisten einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenhalt und werden entsprechend unterstützt. Familien, Kinder und ältere Menschen werden in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen berücksichtigt.



Die Koalitionspartner verfolgen in allen Bereichen einen lösungsorientierten und praxisnahen Ansatz. Ideologische Festlegungen treten hinter tragfähige und für Reinheim geeignete Lösungen zurück. Entscheidungen werden auf der Grundlage von Fakten, Abwägungen und der jeweiligen Gesamtsituation getroffen.

Zugleich wird die Zukunftsfähigkeit der Stadt aktiv gestaltet. Entwicklungen in den Bereichen Infrastruktur, Digitalisierung, Umwelt und gesellschaftlicher Wandel werden frühzeitig aufgegriffen und in die politischen Entscheidungen einbezogen.

4. Zentrale Handlungsfelder der Legislaturperiode

Die folgenden Handlungsfelder beschreiben die zentralen Schwerpunkte der gemeinsamen politischen Arbeit von SPD und CDU in der kommenden Legislaturperiode. Sie konkretisieren die Leitlinien dieses Koalitionsvertrages und geben Orientierung für die inhaltliche Ausgestaltung in den kommenden Jahren.

Sie verstehen sich dabei als Rahmen für die politische Arbeit und nicht als abschließende Festlegung einzelner Maßnahmen.

4.1 Solide Finanzen und verantwortungsvolle Haushaltsführung

Eine nachhaltige Finanzpolitik ist Grundlage für die Handlungsfähigkeit der Stadt. SPD und CDU setzen auf eine verantwortungsvolle Haushaltsführung, die Stabilität sichert und zugleich notwendige Investitionen ermöglicht.

Ausgaben und Investitionen werden klar priorisiert und im Hinblick auf ihre langfristigen Auswirkungen bewertet. Ziel ist es, zukünftig wieder ausgeglichene Haushalte aufzustellen, um dadurch finanzielle Spielräume zu erhalten und gleichzeitig die notwendigen Entwicklungen in der Stadt verlässlich zu ermöglichen.

Die Koalitionspartner verfolgen eine solide und nachhaltige Haushaltsführung mit klarer Prioritätensetzung. Ziel ist es, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt dauerhaft zu sichern und notwendige Investitionen verantwortungsvoll zu ermöglichen.

4.2 Stadtentwicklung und Wohnen

Die Weiterentwicklung Reinheims erfolgt in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Wachstum und Erhalt bestehender Strukturen. Neue Entwicklungen werden so gestaltet, dass sie sich in das bestehende Stadtbild einfügen und die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur berücksichtigen.

Innenentwicklung und die sinnvolle Nutzung vorhandener Flächen stehen im Vordergrund. Gleichzeitig werden notwendige Anpassungen offen und verantwortungsvoll angegangen, um den Bedarf an Wohnraum und Entwicklungsperspektiven zu berücksichtigen.

Die wohnortnahe Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger gilt es, unabhängig von Alter und Mobilität zu sichern und zu stärken.

Bei der Deckung des Wohnbedarfs soll das Augenmerk auch auf familien- und altersgerechte wie auch barrierefreie Wohnangebote gelegt werden. Bei der Schaffung neuer Baugebiete soll das Einheimischenmodell Vorrang haben.



4.3 Wirtschaft, Gewerbe und lokale Entwicklung

Eine starke lokale Wirtschaft ist Grundlage für Arbeitsplätze, kommunale Einnahmen und die Entwicklung der Stadt. SPD und CDU setzen sich für gute Rahmenbedingungen für bestehende Unternehmen sowie für die Ansiedlung neuer Betriebe ein.

Gewerbliche Entwicklung wird aktiv begleitet und in Einklang mit städtebaulichen und infrastrukturellen Anforderungen gestaltet.

Ein zentrales Augenmerk in dieser Legislaturperiode wird auf die Realisierung eines neuen Gewerbegebietes zwischen Reinheim und Groß-Bieberau gelegt, um die finanziellen und gesellschaftlichen Folgen des geplanten Weggangs der Firma Merz aufzufangen.

4.4 Verkehr und Mobilität

Mobilität in Reinheim muss unterschiedlichen Anforderungen gerecht werden. SPD und CDU verfolgen einen pragmatischen Ansatz, der verschiedene Verkehrsträger sinnvoll miteinander verbindet und die Alltagstauglichkeit in den Mittelpunkt stellt.

Ziel ist eine verlässliche und bedarfsgerechte Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger. Unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse werden sinnvoll miteinander verknüpft.

4.5 Umwelt, Klima und nachhaltige Entwicklung

Maßnahmen im Bereich Umwelt und Klima werden im Hinblick auf ihre konkrete Wirksamkeit und Umsetzbarkeit bewertet. SPD und CDU setzen auf einen ausgewogenen Ansatz, der ökologische Verantwortung mit den realen Bedingungen vor Ort verbindet.

Nachhaltigkeit wird als langfristige Aufgabe verstanden, die in allen relevanten Bereichen mitgedacht wird.

4.6 Familie, Kinderbetreuung und Bildung

Familien und Kinder sind ein zentraler Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in Reinheim. SPD und CDU setzen sich für verlässliche und bedarfsgerechte Betreuungsangebote sowie gute Rahmenbedingungen für Familien ein.

Ziel ist es, Familien im Alltag zu unterstützen und Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu stärken.

4.7 Soziales, Zusammenhalt und Integration

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist eine wesentliche Grundlage für das Leben in der Stadt. SPD und CDU setzen sich dafür ein, unterschiedliche Lebenssituationen zu berücksichtigen und ein gutes Miteinander zu fördern.

Integration, Teilhabe und gegenseitiger Respekt sind dabei zentrale Elemente.



4.8 Sicherheit und Ordnung

Sicherheit und ein geordnetes Zusammenleben sind zentrale Voraussetzungen für Lebensqualität. SPD und CDU setzen sich dafür ein, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Reinheim sicher fühlen können.

Dazu gehören verlässliche Strukturen, klare Zuständigkeiten und eine gute Zusammenarbeit aller relevanten Akteure.

4.9 Ehrenamt, Vereine und gesellschaftliches Engagement

Das gesellschaftliche Leben in Reinheim wird maßgeblich durch Vereine und ehrenamtliches Engagement geprägt. SPD und CDU setzen sich dafür ein, diese Strukturen zu stärken und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ehrenamtliches Engagement wird als unverzichtbarer Bestandteil des Gemeinwesens anerkannt und unterstützt. Eine zentrale Rolle spielt hierbei die Vereins- und Ehrenamtsförderung, die beibehalten werden soll.

4.10 Verwaltung und Digitalisierung

Eine leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung ist Voraussetzung für funktionierende kommunale Strukturen. SPD und CDU setzen sich für effiziente Abläufe, klare Zuständigkeiten und eine gute Erreichbarkeit ein.

Digitalisierung wird als Chance verstanden, Prozesse zu verbessern und den Zugang zu Verwaltungsleistungen zu erleichtern.

5. Besetzung von Funktionen und gemeinsame Verantwortung

SPD und CDU tragen gemeinsam Verantwortung für die Besetzung zentraler Funktionen und Gremien in der Stadt Reinheim.

Die Verteilung von Aufgaben und Funktionen orientiert sich am Wahlergebnis sowie an dem gemeinsamen Anspruch, die Arbeit in den Gremien verlässlich, kompetent und ausgewogen zu gestalten.

Die Besetzung von Funktionen erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen. Dabei stehen die Funktionsfähigkeit der Gremien, die Verlässlichkeit der Zusammenarbeit sowie die Qualität der inhaltlichen Arbeit im Vordergrund.

Ziel ist es, die unterschiedlichen Erfahrungen und Kompetenzen beider Koalitionspartner angemessen einzubinden und eine tragfähige Grundlage für die Zusammenarbeit in der Legislaturperiode zu schaffen.

Die Koalitionspartner stimmen sich frühzeitig über personelle Vorschläge ab und tragen gemeinsam Verantwortung für die getroffenen Entscheidungen.



6. Schlussbestimmungen

SPD und CDU Reinheim verpflichten sich, die in diesem Koalitionsvertrag vereinbarten Leitlinien und Grundsätze gemeinsam umzusetzen und die Zusammenarbeit in der Legislaturperiode verlässlich zu gestalten.

Die Koalition versteht sich als tragfähiges Bündnis für die Entwicklung der Stadt Reinheim. Sie ist getragen von dem gemeinsamen Ziel, Verantwortung zu übernehmen, Entscheidungen transparent zu treffen und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt zu stellen.

Die Koalitionspartner werden die Zusammenarbeit regelmäßig überprüfen und bei Bedarf gemeinsam weiterentwickeln. Dabei können einzelne Vereinbarungen im gegenseitigen Einvernehmen an veränderte Rahmenbedingungen angepasst werden. Grundlage bleibt dabei das gegenseitige Vertrauen sowie der Wille, auch bei unterschiedlichen Positionen zu tragfähigen Lösungen zu kommen.

Dieser Koalitionsvertrag gilt für die Dauer der Legislaturperiode 2026–2031.

Reinheim, 21.04.2026

Felix Schäfer
Vorsitzender SPD Reinheim

Tobias Detamore
Vorsitzender CDU Reinheim

Vera Schmidt
Fraktionsvorsitzende SPD Reinheim

Haras Najib
Fraktionsvorsitzender CDU Reinheim